

Ergebnisprotokoll
über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 28. Februar 2007 (VII/6),
von 15.00 Uhr bis 17.40 Uhr

Vorsitz: Dr. Viola von Oeynhausen, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF
Prof. Dr. Ralf Bill, AUF
Prof. Dr. Rainer Fietkau, MEF
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF
Prof. Dr. Igor Pochoshajew, THF
Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF
Prof. Dr. Wolfgang Sucharowski, PHF
Prof. Dr. Klaus Neymeyr, MNF i. V. für Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF
Prof. Dr. Dieter G. Weiss, MNF
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski, PHF i. V. für Dr. Andreas Crusius, MEF
Prof. Dr. Marianne Wigger, MEF
Dr. Bernd Karstens, IEF
Dr. Arne Schoor, MNF
Stud. Vivien Günzel, WSF
Stud. Ludmila Lutz, WSF
Stud. Daniel Münzner, MNF
Stud. Maik Walm, PHF
Ursula Keßler, K / D 2
Monika Nitz, MSF

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Thomas Strothotte	Rektor
Joachim Wittern	Kanzler
Prof. Dr. Ronald Redmer	Prorektor
Prof. Dr. Klaus Hock	Prorektor
Stud. Johannes Saalfeld	Prorektor
Prof. Dr. Elmar Mohr	Dekan AUF
Prof. Dr. Dirk Timmermann	i. V. für Prof. Dr. Djamshid Tavangarian, Dekan IEF
Prof. Dr. Egon Hassel	i. V. für Prof. Dr. Alfred Leder, Dekan MSF
Prof. Dr. Wolfgang März	Prodekan JUF
Prof. Dr. Dieter Neßelmann	Dekan MNF
Prof. Dr. Emil Ch. Reisinger	Dekan MEF
Prof. Dr. Werner Müller	Dekan PHF
Prof. Dr. Thomas Klie	Dekan THF

Prof. Dr. Stefan Göbel	Dekan WSF
Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Präsident des Konzils
Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator
Prof. Dr. Horst Pätzold	Ehrensensator
Prof. Dr. Dr. Eike Lehmann	Vorsitzender des Universitätsrates
Frank Belosa	i. V. für Dr. Sybille Bachmann, PR
Christian Hennig	StuRa-Präsident
Katrin Buchholz	Gleichstellungsbeauftragte
Prof. Dr. Katja Koch	Behindertenbeauftragte
Nicole Weißhuhn	stellvertretende AStA-Vorsitzende

Thema der Sondersitzung und einziger Tagesordnungspunkt: Diskussion der Ergebnisse des Mediationsverfahrens

Bericht: Rektor
Vorlage: VII / 42

Der Senat war zu Beginn und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 21 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Die stellvertretende Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste. Besonders begrüßt wurden die Ehrensensatoren Prof. Dr. Fiedler, Prof. Dr. Benad und Prof. Dr. Pätzold, der Vorsitzende des Universitätsrates Prof. Dr. Dr. Lehmann sowie Vivien Günzel als neue stud. Senatorin und Nachrückerin für den zurückgetretenen stud. Senator Sandro Geister.

Vor Beginn der inhaltlichen Beschäftigung mit dem Thema der Sitzung wies die stellvertretende Vorsitzende die anwesenden stimmberechtigten Senatsmitglieder auf die bereitgelegten Unterlagen für die nächste reguläre Sitzung am 7. März 2007 hin und erklärte die teilweise Verwendung elektronischer Medien in den Unterlagen. Für die Zukunft sei die Einrichtung eines Internet-Senat-Bereiches angedacht, um der übermäßigen Papierflut ein wenig entgegen zu wirken. Auf Wunsch von Senator Prof. Dr. Schütz übernahm die stellv. Vorsitzende die Leitung der Sitzung, da dieser sich als Mitglied der direkt vom Mediationsergebnis betroffenen Juristischen Fakultät nur in seiner Funktion als Senator an der Diskussion beteiligen und diese nicht moderieren möchte.

Da auf ihre Nachfrage keine Ergänzungen zur Tagesordnung eingebracht wurden, schlug die stellvertretende Vorsitzende zum Sitzungsablauf vor, zunächst dem Rektor Gelegenheit für seinen Bericht zum Vergleichsvorschlag zu geben und im Anschluss eine Aussprache darüber zu führen.

Der Rektor begann seine Präsentation der Ergebnisse des Mediationsverfahrens, indem er zunächst auf die Vorgeschichte und den Senatsbeschluss vom 6. Dezember 2006 – Mandat des Akademischen Senats an den Rektor als Verhandlungsführer das für die Universität Rostock bestmögliche Ergebnis zu erzielen – einging, um im Anschluss zu den folgenden Punkten im Detail Stellung zu nehmen:

1. Zukunft der zahnmedizinischen Ausbildung,
2. Zukunft der juristischen Ausbildung,

3. Anerkennung der juristischen Ausbildung in Rostock durch andere Hochschulen und Universitäten,
4. Einrichtung von insgesamt 52 Stellen für die wirtschaftswissenschaftliche und die juristische Ausbildung (davon bis zu sechs rechtswissenschaftliche Professuren – mehr waren nicht durchsetzbar, im Gegenzug wurde jedoch eine hohe Gesamtstellenzahl ausgehandelt),
5. Kooperation mit der Universität Greifswald, die die Möglichkeit der Gründung einer gemeinsamen Juristischen Fakultät beinhaltet,
6. 22 weitere Einzelmaßnahmen, wie Bauvorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 250 Millionen Euro.

Der Rektor bezeichnete diese Ergebnisse als den bestmöglichen Kompromiss, der für die Universität Rostock erreicht werden konnte, und bat den Akademischen Senat daher um seine Zustimmung zu dem vorliegenden Vergleichsvorschlag.

Die stellvertretende Vorsitzende dankte dem Rektor für die Erläuterungen und eröffnete die Aussprache über die Ergebnisse des Mediationsverfahrens.

Senator Prof. Dr. Schütz nahm aus seiner Sicht zum Vergleichsvorschlag Stellung, den er im Ergebnis als Nulllösung bezeichnete. Auch die Begriffe des Vergleichs und der Mediation betrachtete er im Zusammenhang mit den abgeschlossenen Verhandlungen und den vorliegenden Ergebnissen kritisch. Er bezog sich auf den Inhalt der Presseerklärung der Universität Rostock vom 21. Februar 2007, in der der Dekan der Juristischen Fakultät erklärte, dass die Zielvorgabe hinsichtlich der bisherigen rechtswissenschaftlichen Ausbildung seitens des Landes von vornherein nicht zur Disposition stand; somit waren die Verhandlungen nicht frei von Vorbedingungen, und die Ergebnisse wirken zumindest in diesem Punkt wie ein Diktat des Landes. Darüber hinaus gab Senator Prof. Dr. Schütz zu bedenken, dass

- mit der Annahme des Vergleichsvorschlags die Hochschulautonomie untergraben werde,
- die implizite Zustimmung zu den Zielvorgaben einen möglicherweise gefährlichen Präzedenzfall darstellt,
- aufgrund der weiterhin anhängigen Klage der Juristischen Fakultät mit der Annahme des Vergleichsvorschlags keine Rechtssicherheit hergestellt wird,
- der Weg weg von einer Volluniversität eingeschlagen wird,
- die Anerkennung von Studienleistungen im Fach Jura laut eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz nur im Rahmen eines Staatsexamensstudienganges erfolgen kann,
- nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts BAFÖG-Zahlungen nach einem Bachelor-Abschluss nur weitergewährt werden, wenn dieser im Rahmen eines Staatsexamensstudienganges erreicht worden ist,
- eine gemeinsame Juristische Fakultät der Universitäten Rostock und Greifswald mit dem Ausbildungsziel des Staatsexamens denkbar wäre, dies aber nicht verhandelt worden ist,
- gerade der Abschluss eines rechtswissenschaftlichen Studiums mit dem Staatsexamen nach den bisherigen Erfahrungen einen wesentlichen Vorteil auf dem Arbeitsmarkt darstellt.

Senator Prof. Dr. Schütz plädierte abschließend für eine Nichtannahme des Vergleichsvorschlags durch den Akademischen Senat, da dieser auch aufgrund der vorbrachten Argumente noch nicht entscheidungsreif ist.

Ehrensensator Prof. Dr. Fiedler hingegen empfahl die Annahme des Vergleichsvorschlags, der einen guten Ansatz auch im Sinne einer künftigen Planungssicherheit für die Universität Rostock insgesamt darstellt.

Prof. Dr. März, Prodekan der Juristischen Fakultät, informierte zunächst über den Rücktritt von Prof. Dr. Tonner als Dekan der Juristischen Fakultät und über die einstimmige Ablehnung des Vergleichsvorschlags durch den Fakultätsrat. Als Gründe nannte er im Einzelnen:

- der Verzicht auf den rechtswissenschaftlichen Staatsexamensstudiengang ist für eine Juristische Fakultät nicht kompensierbar, da es sich um den Kernbestand juristischer Ausbildung handelt,
- das Vollprogramm auch einer juristischen Grundausbildung ist mit den vereinbarten maximal sechs Professuren nicht umsetzbar, wobei dieser personelle Umfang nur einem Institut für Rechtswissenschaften entspräche,
- die Mitarbeit an interdisziplinären Studiengängen kann nicht die Hauptaufgabe einer Juristischen Fakultät sein,
- es besteht ein Widerspruch zwischen Zielvorgabe und Vergleichsvorschlag hinsichtlich der Einrichtung rechtswissenschaftlicher Studiengänge,
- die Rechtssicherheit für die Juristische Fakultät ist aufgrund ihrer Klage und der Dienstverpflichtung der Professoren zur Staatsexamensausbildung nur unvollkommen.

Auf Nachfrage der Stud. Senatorin Lutz, welche Alternativen resp. Vorschläge seitens der Juristischen Fakultät in die Mediationsverhandlungen eingebracht wurden und ob die Klage der Juristischen Fakultät gegen die Zielvorgabe weiterbetrieben wird, antwortete zunächst Prof. Dr. März, dass die Klage nicht zurückgenommen wird. Senator Prof. Dr. Schütz erklärte, dass eine gemeinsame Juristische Fakultät mit einer Gleichgewichtung der Universitäten Rostock und Greifswald eine akzeptable Lösung aus der Sicht der Juristischen Fakultät der Universität Rostock sein könnte.

Im weiteren Verlauf der Diskussion äußerten Vertreter der anderen Fakultäten sowohl ihr Bedauern über die Einschnitte, die der Vergleichsvorschlag für die juristische Ausbildung vorsieht, als auch ihre Hoffnung, nach dem Abschluss des Mediationsverfahrens für die Universität als Ganzes wieder Planungssicherheit für die Zukunft zu erlangen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Bildungsministerium und der Universität Rostock zu ermöglichen.

Auf die Frage von Senator Prof. Dr. Benkenstein zum Erhalt der zahnmedizinischen Ausbildung und der Reaktion hierauf seitens der Medizinischen Fakultät entgegnete Senator Prof. Dr. Guthoff, dass diese Entscheidung mit Erleichterung und Freude zur Kenntnis genommen wurde. Er skizzierte kurz die Erfahrungen der Medizinischen Fakultät mit der Landespolitik in den letzten Jahren und erklärte, dass er aus diesen Gründen in seiner Funktion als Senator aber auch im Sinne der Entwicklung der Universität Rostock im Allgemeinen und der Medizinischen Fakultät im Besonderen den Vergleichsvorschlag befürwortet. Der Dekan der Medizinischen Fakultät zeigte sich

zwar überrascht von der Einbeziehung der zahnmedizinischen Ausbildung in die Mediationsverhandlungen, unterstützte aber die Ausführungen von Senator Prof. Dr. Guthoff.

An dieser Stelle gewährte die stellvertretende Vorsitzende mit Zustimmung des Senats Herrn Collin von der Initiative „Pro Jura“ Rederecht, das dieser für einen eindringlichen Appell an die Mitglieder des Akademischen Senats nutzte, den juristischen Staatsexamensstudiengang an der Universität Rostock nicht aufzugeben.

Stud. Hennig befürwortete als StuRa-Präsident den Vergleichsvorschlag auch im Namen einer überwiegenden Mehrheit der Studierenden.

Senator Prof. Dr. Weiss äußerte die folgenden rechtlichen Verständnisfragen:

1. Gelten für alle Punkte, die nicht durch den Vergleich berührt sind, weiterhin die Festlegungen aus der Zielvorgabe?
2. Wie setzt sich das Verfahren im Falle einer Ablehnung des Vergleichsvorschlags fort?

Justitiar Dr. Glöckner nahm hierzu Stellung:

1. Alle vom Vergleich nicht betroffenen Regelungen aus der Zielvorgabe haben weiterhin Bestand.
2. Im Falle einer Ablehnung können erneut Mediationsverhandlungen aufgenommen oder das Klageverfahren weitergeführt werden, zu dessen Dauer keinerlei Aussage möglich ist.

Senatorin Kessler verwies auf eine historisch gewachsene und anhaltende Kritik an der Doppelung von juristischer und wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Ausbildung an den beiden Universitäten des Landes in ihrer jetzigen Form und hinterfragte die Haltung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zur Einrichtung eines interdisziplinären Studienganges. Dekan Prof. Dr. Göbel unterstrich die positive Haltung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zu einem solchen Studiengang.

Der stud. Prorektor Saalfeld bemerkte, dass der Zeitpunkt, für die Juristische Fakultät und damit für die Universität insgesamt etwas zu tun, schon lange verstrichen ist und jetzt diesem Vergleich zugestimmt werden sollte.

Zusammenfassend dankte der Rektor dem Senat für die konstruktive Diskussion, empfahl die Annahme des Vergleichsvorschlags und bat um das nötige Vertrauen zwischen den Verhandlungspartnern, da das vorliegende Ergebnis der Universität Möglichkeiten und Handlungsspielräume eröffnet, die zum Teil nicht selbstverständlich sind.

Die stellvertretende Vorsitzende beendete die Diskussion, dankte für die vorgetragenen Argumente und schlug eine offene Abstimmung über den Zeitpunkt der Beschlussfassung zu den Ergebnissen des Mediationsverfahrens und des vorliegenden Vergleichsvorschlags vor.

Daraufhin stellte Senator Prof. Dr. Schütz den Antrag, die Beschlussfassung auf die nächste Senatssitzung zu verschieben und den Rektor zu ersuchen, gemeinsam mit

dem Bildungsministerium die Möglichkeit der Gründung einer gemeinsamen Juristischen Fakultät der Universitäten Rostock und Greifswald mit einem gemeinsamen Staatsexamensstudiengang zu prüfen und diesbezüglich eine Verhandlungspflichtung des Landes für den Zeitraum nach dem Jahre 2010 zu erwirken.

Dies lehnte der Rektor ab, da der Vergleichsvorschlag die Möglichkeit der Gründung einer gemeinsamen Juristischen Fakultät vorsieht und fachliche und inhaltliche Verhandlungen hierüber zwischen den Fakultäten zu führen sind.

Die stellvertretende Vorsitzende schlug erneut vor, in offener Abstimmung zu entscheiden, ob über die Vorlage des Rektors zum Vergleichsvorschlag sofort ein Beschluss gefasst werden soll. Der Akademische Senat votierte mehrheitlich für eine sofortige geheime Abstimmung.

Beschlusnummer: 41 (VII)
Abstimmungsergebnis: 16/4/1

Eine Beschlussfassung über den Antrag von Senator Prof. Dr. Schütz war somit entbehrlich.

In geheimer Abstimmung folgte der Akademische Senat mehrheitlich dem Vorschlag des Rektors und beschloss die Annahme des im Mediationsverfahren ausgehandelten Vergleichsvorschlags.

Beschlusnummer: 42 (VII/42)
Abstimmungsergebnis: 16/4/1

Die stellvertretende Vorsitzende gab das Ergebnis der Auszählung bekannt. In einem Schlusswort dankte der Rektor den Mitgliedern des Akademischen Senats für ihr Votum und verband dies mit der Bitte um weitere Initiativen und aktive Mitarbeit bei der künftigen Gestaltung und Entwicklung der Universität Rostock.

bestätigt:

Protokoll:

gez.
Dr. Viola von Oeynhausen
stellvertretende Vorsitzende des Senats

gez.
Peter Käsche
Referat 1.2